

Julia Strese

Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft zur Privatrechtsangleichung im Binnenmarkt

Eine Untersuchung zur vertikalen Kompetenzverteilung
im Bereich des Gemeinschaftsprivatrechts und
zu den Folgen kompetenzüberschreitenden Handelns

 **Nomos**

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Kapitel 1 Einleitung und Gang der Untersuchung	19
A. Anlass der Arbeit	19
B. Fragestellung	21
C. Eingrenzung und Gang der Untersuchung	22
D. Die Bedeutung des „fabakwerbeverbot-Urteils“ des EuGH vom 5.10.2000 innerhalb der Untersuchung	24
I. Der Sachverhalt	24
II. Die Aussage des Urteils	26
III. Das Urteil im Kontext der EuGH-Rechtsprechung	28
IV. Die Bedeutung des Urteils für die Untersuchung	30
Kapitel 2 Die Bedeutung und die Funktion der Privatrechtsangleichung in der Gemeinschaft	32
A. Terminologie: Rechtsangleichung, Rechtsvereinheitlichung, Koordinierung und Harmonisierung	32
B. Die Zweckbindung der Rechtsangleichung in der Gemeinschaft	35
I. Das Konzept der Europäischen Integration	35
II. Das Konzept des Binnenmarktes	41
1. Die Geschichte des Binnenmarktkonzeptes	42
2. Die Ziele des Konzeptes	43
3. Die Systementscheidung für das marktwirtschaftliche Modell Binnenmarkt	45
4. Die Funktionselemente des Binnenmarktes	46
a) Eigentumsregeln und rechtliche Handlungsfähigkeit der Marktteilnehmer	46
b) Die unternehmerische Handlungsfreiheit: Vertragsfreiheit und Preisfreiheit	46
c) Die Marktzugangsfreiheit: Garantie der Grundfreiheiten und Schutz vor Wettbewerbsverfälschungen	47
5. Die Wirkungsweise des Binnenmarktes zur Erreichung von Wohlstandseffekten	48
a) Kostenvorteile	48
b) Größenvorteile	49
c) Die Intensivierung des Wettbewerbs	49

2. Die Auswirkung der Zielfunktionalität auf die Ausgestaltung der Kompetenznormen	83
C. Die vom EuGH entwickelten Prinzipien zur Auslegung der Kompetenznormen	85
I. Das Effektivitätsprinzip	85
II. Die implied-powers-Theorie	87
III. Die Kompetenz kraft Sachzusammenhang	88
IV. Die Annexkompetenz	89
V. „Resulting powers“?	89
VI. Die Unzulässigkeit des Schlusses von der Aufgabe auf die Kompetenz	90
D. Die Ausübung der Kompetenzen durch die Gemeinschaftsorgane	91
I. Die Pflicht zur Auswahl der richtigen Ermächtigungsgrundlage	91
II. Die Begründungspflicht gemäß Art. 253 EG	92
1. Der Sinn der Begründungspflicht für Gemeinschaftsmaßnahmen	92
2. Inhalt und Ausmaß der Begründungspflicht	93
3. Die Rechtsfolge eines Verstoßes gegen die Begründungspflicht	94
4. Die Bedeutung der Begründungspflicht für Maßnahmen der Privatrechtsangleichung	95
E. Ergebnis: Das Spannungsverhältnis zwischen dynamischen und begrenzenden Elementen der Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der Privatrechtsangleichung	96
I. Dynamische und binnenmarktfinale Elemente	97
II. Begrenzende Elemente	97
III. Die Ausbildung eines Kräftegleichgewichts im Spannungsverhältnis	99
F. Überblick über die einzelnen Kompetenznormen des EG-Vertrags zur Privatrechtsangleichung	100
I. Auf ein Sachgebiet bezogene Ermächtigungen	101
1. Art. 44 Abs. II lit. g EG	101
2. Art. 47 Abs. 2 EG	103
3. Art. 65 EG	103
4. Art. 137 Abs. 2 lit. b EG; Art. 40 EG	105
5. Art. 153 Abs. 3 lit. a und Abs. 4 EG	105
6. Artt. 96 und 97 EG	107
II. Allgemeine Ermächtigungen	107
1. Art. 95 EG	107
2. Art. 94 EG	113
3. Art. 308 EG	116
III. Ergebnis: Die herausragende Bedeutung der binnenmarktfinalen Kompetenzen für die Privatrechtsangleichung	120
 Kapitel 4 Das Ausmaß der binnenmarktfinalen Angleichungskompetenzen auf dem Gebiet des Privatrechts	 122
A. Das Binnenmarktziel, als Tatbestandsvoraussetzung der Rechtsangleichungskompetenzen	123

1. Die Definition	123
2. Die Abgrenzung zum Begriff des Gemeinsamen Marktes	124
II. Die Voraussetzungen der „Errichtung und des Funktionierens des Binnenmarktes“	128
1. Die Garantie der Grundfreiheiten	129
2. Die Vermeidung und Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen	129
3. Weitere Elemente des Binnenmarktbegriffs?	135
B. Mitgliedstaatliche Privatrechtsregeln als Hemmnisse für die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes	135
I. Die Verletzung von Grundfreiheiten durch mitgliedstaatliche Privatrechtsregeln	136
1. Funktionsanalyse der Grundfreiheiten im Konzept des Binnenmarktes	136
2. Die Anwendbarkeit der Grundfreiheiten auf Privatrechtsregeln	137
3. Probleme bei der Anwendung der Grundfreiheiten auf Privatrechtsregeln	138
a) Privatrecht als Marktyerhaltensrecht	138
b) Grundfreiheiten-Kontrolle als systemwidriger Eingriff in mitgliedstaatliches Privatrecht?	138
c) Die „Ermöglichungsperspektive des Privatrechts“	139
d) Einschränkung der Grundfreiheiten - Kontrolle bei freier Rechtswahl und bei dispositivem Privatrecht?	140
e) Die „pandektistische Allgemeinheit“ des Privatrechts	141
4. Der Anwendungsbereich der Produktfreiheiten	142
a) Die Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung im Rahmen der Warenverkehrsfreiheit	142
b) Die Rechtsprechung des EuGH zur Qualifikation als „Maßnahme gleicher Wirkung“	143
aa) Das Dassonville-Urteil	143
bb) „Cassis de Dijon“	144
cc) „Keck“	145
dd) Die Folgerechtsprechung nach dem Keck-Urteil	146
c) Stellungnahme: Das Marktzugangskriterium als entscheidender Maßstab	147
5. Privatrechtsregeln in der Kontrolle der Warenverkehrsfreiheit	149
a) Diskriminierende Privatrechtsregeln	149
b) Nicht-diskriminierende Privatrechtsregeln	149
c) Privatrechtsregeln als Hemmnisse für die Warenverkehrsfreiheit in der Rechtsprechung des EuGH	149
aa) Die Rechtsprechung vor dem Keck-Urteil	150
i) „Krantz“	150
ii) „Alsthom Atlantique“	151
iii) „CMC-Motorrad-Center“	152
bb) Privatrechtsregeln in den Kategorien der Keck-Rechtsprechung	153

	cc) Die Anwendung des Marktzugangskriteriums auf Privatrechtsregeln	154
	d) Ergebnis	156
	6. Der Anwendungsbereich der Personenverkehrsfreiheiten	156
	7. Privatrecht als Hindernis für die Personenverkehrsfreiheiten	159
	II. Unterschiede in Privatrechtsregeln als Ursache einer Wettbewerbsverzerrung	161
	1. Definition des Begriffs der Wettbewerbsverzerrung	161
	a) Das System eines unverfälschten Wettbewerbs als Element des funktionierenden Binnenmarktes	161
	b) Das Wettbewerbskonzept der Gemeinschaft	162
	c) Die möglichen Ursachen von Wettbewerbsverzerrungen	164
	d) Definition des Begriffs der Wettbewerbsverzerrung	165
	e) Wettbewerbsverzerrungen durch dispositives oder abwählbares Recht	167
	2. Das Spürbarkeitskriterium	168
	a) Die Entwicklung des Spürbarkeitskriteriums	169
	aa) In der Rechtsprechung des EuGH	169
	bb) Andere Stellungnahmen	171
	b) Inhalt des Spürbarkeitskriteriums	172
	aa) Beispiele spürbarer Wettbewerbsverzerrungen	172
	bb) Beispiele nicht spürbarer Wettbewerbs Verzerrungen	173
	cc) Folgerungen	175
	dd) Übertragbarkeit der Maßstäbe der Spürbarkeit aus Art. 81 EG?	176
:	i) Inhalt des Spürbarkeitserfordernisses bei Art. 81 EG	176
	ii) Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit?	177
	ee) Kriterien der Spürbarkeit	177
	i) Die Beeinflussung der Herstellungskosten	178
	ii) Das Hervorrufen von Größen-oder Gewinnvorteilen	178
	iii) Das Marktvolumen des grenzüberschreitenden Wettbewerbs	179
:	iv) Das mitgliedstaatliche Regelungsinteresse als Begrenzung der Spürbarkeit	180
•:	ff) Ergebnis	182
• V	c) Das Spürbarkeitskriterium als ungeschriebener Teil des Kompetenztatbestands	182
'f'	d) Zusammenfassung	183
%- £	3. Unterschiede in Privatrechtsregeln als Wettbewerbsverzerrung	184
	III. Weitere Binnenmarkthindernisse durch Unterschiede in mitgliedstaatlichen Privatrechtsregeln	188
	1. Ausgangspunkt	188
	a) Die reale Effektivierung des Binnenmarktes als Ziel	188
	b) Das Verhalten der Marktteilnehmer als Voraussetzung der Effektivierung des Binnenmarktes	189
	2. Die Zulässigkeit der Anerkennung weiterer Binnenmarkthindernisse	190
		11

3. Die Auswirkungen der Privatrechtsunterschiede auf das Verhalten der Teilnehmer im Binnenmarkt	191
a) Der Zwang zur Diversifikation	191
b) Die Verursachung eines Marktvertrauensdefizits	192
aa) Die Verursachung von Unsicherheit und die Störung des Vorhersehbarkeitsinteresses	193
bb) Die Verursachung von Unsicherheit hinsichtlich des Verbraucherschutzniveaus	196
c) Die Verursachung von Transaktionskosten	197
aa) Definition des Begriffs der „Transaktionskosten“	197
bb) Die Auswirkung von Privatrechtsunterschieden auf Transaktionskosten	198
cc) Die Einschätzung der Höhe von Transaktionskosten	199
dd) Grenzen des Transaktionskostenarguments	200
d) Ergebnis	202
4. Die Qualifizierung dieser Auswirkungen als Binnenmarkthindernis	202
a) Die Bedeutung des Marktverhaltens für den Binnenmarkt	202
b) Die Beeinträchtigung der Wahrnehmbarkeit der Grundfreiheiten	205
c) Zwischenergebnis	206
5. Einwände gegen dieses Ergebnis	207
a) Nur faktische Behinderung?	207
b) „Uferlose“ Ausweitung der binnenmarktfinalen Kompetenz zur Privatrechtsangleichung?	208
6. Ergebnis	210
7. Folgen für die Kompetenzen zur Privatrechtsangleichung	211
a) Folgen für die Kompetenz gemäß Art. 95 EG	211
b) Folgen für die Kompetenz gemäß Art. 94 EG	211
c) Folgen für die Kompetenz gemäß Art. 65 EG	212
d) Folgen für andere Kompetenzen zur Privatrechtsangleichung	212
C. Die Erforderlichkeit der Angleichung	213
I. Die Herleitung des Erforderlichkeitskriteriums	213
II. Der Inhalt des Erforderlichkeitskriteriums	214
1. Abwägung des Gemeinschaftsinteresses an der Angleichung mit den mitgliedstaatlichen Interessen	214
2. Einzelne Aspekte der Erforderlichkeitsprüfung	215
III. Übertragbarkeit auf andere Kompetenznormen	217
D. Die Anforderungen an die Ausgestaltung der Rechtsangleichungsmaßnahme	218
I. Vorüberlegungen	218
1. Herleitung aus dem Wortlaut des Art. 95 EG	218
2. Herleitung aus der Rechtsprechung des EuGH	219
3. Zielsetzung und Inhalt der geplanten Maßnahme	219
4. Abgrenzung zu dem in Art. 94 EG geforderten Marktbezug	219
5. Abgrenzung zur Verhältnismäßigkeitsprüfung	~ 220
II. Die Anforderungen an den Regelungsgegenstand der Maßnahme	220

1. Die Ermittlung des Regelungsgegenstands der Maßnahme nach objektiv nachprüfbar	220
2. Die Anforderungen an die Zielsetzung der Maßnahme	221
a) Keine Harmonisierung „nur nebenbei“	221
b) Die Zulässigkeit der Verfolgung weiterer Ziele neben der Binnenmarktförderung	222
c) Die Anforderung der schwerpunktmäßigen Verfolgung des Binnenmarktziels	222
c-	
d) Die Zulässigkeit der Bekämpfung zukünftiger Binnenmarkthindernisse durch die Rechtsangleichung	223
3. Die Anforderungen an die Wahl des Mittels	223
a) Die Zulässigkeit einer Maßnahme ohne wirtschaftsliberalisierende Wirkung als Binnenmarktförderung	224
b) Die Zulässigkeit mitgliedstaatlicher Abweichungsmöglichkeiten und weiter bestehender Rechtsunterschiede	225
III. Die Intensität der Maßnahme: der „tatsächliche Beitrag“	225
IV. Ergebnis	226
E. Die Ausübungskontrolle durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip	227
I. Geeignetheit	228
II. Erforderlichkeit	229
III. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	229
F. Anwendbarkeit des Subsidiaritätsprinzips?	229
G. Ergebnis: Die Voraussetzungen der binnenmarktfinalen Kompetenzen zur	
• Privatrechtsangleichung	231
H. Die Auswirkungen dieses Ergebnisses auf die Begründungspflicht des Gemeinschaftsgesetzgebers gemäß Art. 253 EG	232
I. Das Ausmaß der Begründungspflicht im Hinblick auf die Ermächtigungsgrundlagen zur Privatrechtsangleichung	232
II. Folgen	234
1. Nichtigklärung	234
2. Die Abgrenzung der Verletzung der Begründungspflicht von der Vertragsverletzung	234
 Kapitel 5 Kontrolle gemeinschaftsprivatrechtlicher Richtlinien im Hinblick auf ihre Kompetenzgrundlage	236
 ; „Ä Die Richtlinie 85/577/EWG betreffend den Verbraucherschutz im Fall von r° außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen	236
[E Die Produkthaftungsrichtlinie 85/374/EWG	238
* J. Die Richtlinie 87/102/EWG über den Verbraucherkredit	239
ffo. Die Richtlinie 90/314/EWG über Pauschalreisen	241
fe Ergebnis	~" 243

Kapitel 6 Die Rechtsfolge einer Kompetenzüberschreitung oder einer fehlerhaften Begründung: Die Total- oder Teilnichtigkeit von teilrechtswidrigen Gemeinschaftsmaßnahmen	245
A. Die bisherige Rechtsprechung des EuGH und die vergleichbare Problematik im deutschen Recht	245
B. Maßstäbe der richterlichen Entscheidung zwischen Teil- und Gesamtnichtigkeit	247
I. Die Wahrung des institutionellen Gleichgewichts und der Respekt der normgeberischen Gestaltungsfreiheit	247
II. Das Interesse an der Restgültigkeit	248
III. Ergebnis: bedingte Zulässigkeit der Teilnichtigkeitsklärung	249
C. Bedingungen der Zulässigkeit einer Teilnichtigkeitsklärung	249
I. Das Kriterium der Teilbarkeit der Maßnahme	249
II. Kriterien zur Beurteilung der „Wesensveränderung“ der Maßnahme	251
1. Die Willenshypothese	251
2. Die Beurteilung nach objektiven Gesichtspunkten **	253
3. Beispiel und Ergebnis	254
D. Beispiel	255
Schlussbetrachtung: Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	257
Literaturverzeichnis	261